Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1691

20. 01. 88

Sachgebiet 7

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/1614 —

Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 19. Januar 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie bewertet die Bundesregierung den Brief der philippinischen Planungsministerin Solita Collas-Monsod an die Mitglieder der Delegationsreise des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Philippinen im Juli 1987, in dem sich Frau Monsod gegen die schleppende Prüfung seitens ihrer Behörde vorgeschlagener Projekte beschwert?

Der Bundesregierung ist der Brief der philippinischen Planungsministerin Solita Collas-Monsod an die Mitglieder der Delegationsreise des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Philippinen im Juli 1987 nicht bekannt.

Bundesminister Klein erhielt am 18. September 1987 allerdings ein Schreiben von der philippinischen Planungsministerin, in dem offensichtlich die gleichen Punkte angesprochen werden wie in dem Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Bundesminister Klein hat in seinem Antwortschreiben an Frau Monsod zugesichert, daß von deutscher Seite alles unternommen wird, um gemeinsam beschlossene Projekte auch zügig umzusetzen. Er hat jedoch auch darauf hingewiesen, daß vor einer Entscheidung über den Einsatz von Entwicklungshilfemitteln ausreichend Dokumente und Informationen vorliegen müssen, um eine gewissenhafte Prüfung vornehmen zu können. Diese Prüfungsverfahren nehmen – insbesondere angesichts der häufig nicht

ausreichenden philippinischen Projektunterlagen – Zeit in Anspruch, auf sie kann jedoch nicht verzichtet werden.

2. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für den zögerlichen Mittelabfluß aus der Finanziellen Zusammenarbeit, obwohl laut Informationen der philippinischen Planungsbehörde (NEDA) der Bundesregierung eine lange Liste prioritärer Projekte mit dem Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung vorgelegt wurde?

Anläßlich der deutsch-philippinischen Regierungsverhandlungen am 24. und 25. November 1987 in Manila hat die philippinische Planungsministerin drei Gründe für Verzögerungen genannt, die seit der Übernahme der philippinischen Regierung durch Präsidentin Aquino im Februar 1986 bei der Umsetzung von Entwicklungsprojekten aufgetreten sind:

1. Die neue Regierung hat die gesamte Entwicklungsplanung einer grundsätzlichen Revision und Neubewertung unterzogen,
2. viele Funktionen im politischen und administrativen Führungsbereich wurden nach dem Regierungswechsel neu besetzt,
3. die neu definierten politischen Leitlinien mußten zunächst in konkrete Projektvorstellungen übersetzt werden.

Diese Übergangsphase scheint nun weitgehend abgeschlossen zu sein: Während bis Mitte 1987 lediglich Projektideen, nicht jedoch umsetzungsfähige, konkrete Projektanträge vorlagen, gelang es anläßlich der Regierungsverhandlungen im November 1987, sämtliche verfügbaren Mittel der deutsch-philippinischen Entwicklungszusammenarbeit (sowohl Finanzielle Zusammenarbeit als auch Technische Zusammenarbeit) mit prüfungswürdigen, sinnvollen Projektansätzen zu belegen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß nunmehr auch der Mittelabfluß entsprechend beschleunigt werden kann.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die im erwähnten Brief der Planungsministerin erhobenen Vorwürfe, daß durch bundesdeutsche Industrie-Lobbyvertreter erheblicher Druck auf ihre Behörde ausgeübt wird, um über einen Finanzantrag an das BMZ Finanzzusagen für ein Telekommunikationsprojekt der Philippine Long Distance Telephone (PLDT) zu erhalten?

In dem Antwortschreiben an Planungsministerin Monsod hat Bundesminister Klein deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung die Entscheidung der philippinischen Regierung hinsichtlich des Telekommunikationsprojektes Ortigas/Cainta uneingeschränkt akzeptiert hat.

Es ist nicht Sache der Bundesregierung, Bemühungen der deutschen Industrie zur Gewinnung von Lieferaufträgen zu bewerten.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die bundesdeutschen Industrieinteressensvertreter beim philippinischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Anliegen vorstellig wurden, einen Finanzierungszuschlag aus dem Bundeshaushalt für den Ausbau des Telekommunikationsnetzes in den Philippinen zu erhalten?

Nein.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung diese Vorgänge, und wurden dadurch die Regierungsverhandlungen im November 1987 in Manila beeinträchtigt?

Siehe Antwort auf Frage 3. Die Regierungsverhandlungen im November 1987 in Manila wurden durch die in der Anfrage dargestellten Diskussionen über das Telekommunikationsprojekt nicht beeinträchtigt. Sie verliefen in einem außerordentlich freundschaftlichen Klima und brachten Übereinstimmung in allen zur Diskussion stehenden Fragen.

6. Ist die Finanzierung des Ausbaus des Telekommunikationssystems in den Philippinen aus den Mitteln des Einzelplans 23 geplant, obwohl das philippinische Investment Coordination Committee unter Vorsitz der Präsidentin Aquino am 18. August 1987 jegliche staatliche Finanzierung des Telekommuniktionsprojektes der PLDT abgelehnt hat?

Siehe Antwort zu Frage 3.

7. Hatten die sechs philippinischen Generalstabsoffiziere, die sich im März 1987 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in der Bundesrepublik Deutschland aufhielten, offizielle Kontakte mit dem Verteidigungsministerium und anderen bundesdeutschen Polizei- und Militäreinrichtungen? Wenn ja, was war Absicht und Ergebnis dieser Begegnungen?

Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt führt die Konrad-Adenauer-Stiftung jährlich Besucherprogramme für Gäste aus den Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland durch. Es handelt sich um Informations- und Fachprogramme für kleine Besuchergruppen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, wie z. B. Gewerkschaften, Genossenschaften, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur usw.

Vom 22. März bis zum 3. April 1987 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Programm für eine Gruppe von philippinischen Offizieren durch. Ziel des Programms war es, die philippinischen Militärs mit der Stellung der Bundeswehr in einem demokratischen Verfassungsstaat bekanntzumachen. Die Militärs erhielten deshalb Gelegenheit, sich über die Grundelemente unseres Regierungssystems, die politische Bildungsarbeit im allgemeinen sowie das Bildungssystem der Bundeswehr zu informieren. So

wurden z. B. Gespräche mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages geführt und Informationsbesuche beim Zentrum für Innere Führung und bei der Bundeswehruniversität gemacht. Kontakte zu Polizeieinrichtungen gab es nicht.

8. Ist der Bundesregierung bekannt, ob innerhalb des Besuchsprogrammes der KAS „Militär in der Demokratie" weitere Besuche philippinischer militärischer und polizeilicher Führungskräfte beabsichtigt sind, und sind in diesem Zusammenhang weitere Kontakte zu bundesdeutschen Militär- und Polizeieinrichtungen geplant?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat bisher keine Anträge an das BMZ gestellt.

9. Ist der Bundesregierung der Bericht einer US-amerikanischen Untersuchungskommission unter Leitung des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark bekannt, die u. a. konkrete Beweise dafür gefunden hat, daß rechtsgerichtete paramilitärische Organisationen (Vigilante-Gruppen, Todesschwadrone) in den Philippinen von direkt von offiziellen philippinischen und aus offiziellen (CIA) und privaten US-amerikanischen Stellen organisatorisch, propagandistisch und finanziell unterstützt werden? Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Bericht vor allem hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen für von bundesdeutscher Seite finanzierte Entwicklungsprojekte?

Der Bundesregierung ist der Bericht einer US-amerikanischen Untersuchungskommission lediglich durch die Berichterstattung in der deutschen Presse bekannt.

Die Vorhaben der deutschen EZ sind zielgruppenorientiert und versuchen, einen Beitrag zur Lösung konkreter materieller oder sozialer Probleme der Bevölkerung zu leisten. Dies ist nach Einschätzung der Bundesregierung auf den Philippinen weiterhin möglich.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die politische Situation insbesondere in den ländlichen Gebieten angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen, wie sie in der vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschland e. V. herausgegebenen Broschüre „Betrogene Hoffnungen" dokumentiert werden?

Die Situation in vielen Regionen der Philippinen, sowohl im städtischen wie auch im ländlichen Bereich, ist derzeit von z. T. starken Auseinandersetzungen verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen gekennzeichnet.

Dabei wird von verschiedenen politischen Gruppen in zunehmendem Maße Gewalt angewendet, was häufig zu Opfern bei der Zivilbevölkerung führt. Die Bundesregierung geht davon aus, daß insbesondere nach Abschluß der bevorstehenden Lokal- und Regionalwahlen sich die Lage entspannt, wenn von der Bevölkerung gewählte Repräsentanten in den politischen Entscheidungsgremien sitzen.

11. Welche entwicklungspolitischen Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem geplanten Infrastrukturprojekt „Bondoc" im südlichen Luzon?

Mit dem integrierten Entwicklungsvorhaben Bondoc soll ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Zielbevölkerung des Projektes geleistet werden.

12. Ist der Bundesregierung der über diese Region vorliegende Menschenrechtsbericht bekannt, und wie beurteilt sie die zunehmende Militarisierung in dieser Region auch hinsichtlich der Durchführbarkeit des Infrastrukturprojektes „Bondoc"?

Ein Menschenrechtsbericht über die Region Bondoc liegt der Bundesregierung nicht vor. Die Bundesregierung sieht die Durchführbarkeit des geplanten Vorhabens im Augenblick nicht gefährdet.

13. Aus welchen Gründen denkt die Bundesregierung an die Einbeziehung lokaler philippinischer NGO's (ES. 31) bei der Durchführung des ländlichen Infrastrukturprojektes „Bondoc"?

Die Bundesregierung denkt nicht an die unmittelbare Einbeziehung philippinischer oder deutscher Nichtregierungsorganisationen in die Durchführung des bilateralen staatlichen Entwicklungsvorhabens Bondoc. Allerdings verfolgt die Bundesregierung eine offene Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung und allen relevanten Bevölkerungsgruppen, die in der Region tätig sind, über die beabsichtigten Projektmaßnahmen. Diese Informationspolitik ist integrierter Bestandteil des von deutscher Seite vorgeschlagenen partizipatorischen Projektansatzes.

14. Wer sind auf philippinischer Seite die Projektpartner, und welche bundesdeutschen NGO's sollen in das Konzept miteinbezogen werden?

Philippinischer Partner im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit (Straßenbauprojekt) ist das Department ob Publik Works and Highways.

Eine Entscheidung für den lokalen Partner im Bereich Technische Zusammenarbeit soll nach den Lokalwahlen anläßlich eines Planungsseminares in Manila getroffen werden.

Es werden keine einzelnen deutschen Nichtregierungsorganisationen in die Projektdurchführung einbezogen. Es bleibt der Entscheidung der philippinischen Nichtregierungsorganisationen und möglicher deutscher Partnerorganisationen überlassen, im Rahmen des geplanten Gesamtvorhabens eigene Projekte durchzuführen bzw. zu fördern.

15. Wer sind die Zielgruppen dieses Projektes, und wie soll die Arbeit der bundesdeutschen und philippinischen NGO's finanziert werden?

Zielgruppen des Projektes sind Landarbeiter, Pächter, kleinere Landwirte und Fischer. Eine Finanzierung von Maßnahmen philippinischer oder deutscher NGO's im Rahmen des bilateralen staatlichen Projektes ist nicht vorgesehen. Die Förderung eigener Vorhaben nichtstaatlicher Organisationen aus den für diese bereitstehenden Bundesmitteln ist grundsätzlich möglich.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Klage bundesdeutscher NGO's wie beispielsweise terre des hommes, daß einzelne von ihr geförderte Entwicklungsprojekte durch die Ermordung von Projektmitarbeitern und laufende Bedrohungen und Zerstörungen durch philippinisches Militär und paramalitärische Organisationen massiv gefährdet werden (siehe: tdh an die Presse, Nr. 10/87)?

Die Bundesregierung bedauert, daß durch die politischen Auseinandersetzungen insbesondere in ländlichen Regionen der Philippinen zur Zeit die Durchführung einer Reihe staatlicher und privater Vorhaben gefährdet ist.

17. Hat die Bundesregierung diese massiven Behinderungen der Arbeit bundesdeutscher NGO's bei den Regierungsverhandlungen im November 1987 in Manila zur Sprache gebracht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat in Manila ihre Besorgnis über die wachsenden Spannungen in Regionen zum Ausdruck gebracht, in denen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt werden bzw. geplant sind. Unmittelbar sichtbare Ergebnisse können aus derartigen Gesprächen, die Teil eines langfristig angelegten Politikdialogs sind, nicht abgeleitet werden.

18. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Infrastrukturprojekt „Bondoc" mit dem jetzigen Chef des Geheimdienstes, General Caniescu, ehemaliger Stabschef der Armee, sowie dem General Padillia abgesprochen wurde (siehe „die tageszeitung" vom 11. November 1987)? Was sind die Ergebnisse dieser Absprachen?

Nein.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333